

Israel nutzte die Nakba nicht nur dazu, Land zu rauben, sondern auch das finanzielle Vermögen der Palästinenser:innen

Die Enteignung palästinensischen Eigentums durch Israel im Jahr 1948 betraf nicht nur Häuser und Grundstücke. Viele verloren auch den Zugang zu Bankkonten und anderem Vermögen. Heute wird der Wert dieses geraubten Eigentums auf über hundert Milliarden Dollar geschätzt.

Najib Antoine Jabre, mondoweiss.net, 10.05.26

Der Verlust palästinensischer Häuser im Jahr 1948 bedeutete nicht nur den Verlust von Häusern, Obsthainen und Eigentumsurkunden. Viele Palästinenser:innen verloren auch den Zugang zu ihren Bankkonten, Einlagen, Wertpapieren, Schließfächern, Forderungen und Rechtsansprüchen.

Der Begriff „verlassenes Eigentum“ ist irreführend. Ein Haus gilt nicht als verlassen, wenn seine Bewohner:innen vertrieben, an der Rückkehr gehindert oder per Gesetz zu Abwesenden erklärt werden. Ein Bankkonto wird nicht aufgegeben, nur weil sein Inhaber Palästinenser:in ist und zum Flüchtling wurde. Ein Zitrusgarten verliert seinen Eigentümer nicht, nur weil Israel den Rückweg versperrt hat. Die rechtliche Einstufung beschrieb nicht bloß die Abwesenheit; sie machte die Abwesenheit zu einem Machtinstrument.

Das Thema wird oft mit Begriffen aus dem Bereich Krieg und Exil beschrieben. Andere Aspekte werden jedoch in Anwaltskanzleien, Grundbuchämtern, Ministerien und Finanzinstituten offensichtlich, wo die Abwesenheit der Palästinenser:innen in ein Rechtsinstrument umgewandelt wurde.

Der entscheidende Schritt bestand nicht einfach darin, festzuhalten, dass Menschen weggegangen waren. Vielmehr ging es darum, sie als „Abwesende“ einzustufen. Das Gesetz über das Vermögen von Abwesenden von 1950 veränderte zusammen mit den ihm vorausgegangenen Notverordnungen die rechtliche Bedeutung des Begriffs „Abwesenheit“. Was zuvor eine Tatsache der Vertreibung gewesen war, wurde zu einem Rechtsstatus.

Ein Palästinenser, der eine Grenze überquerte, in einem anderen Teil Palästinas Zuflucht fand – selbst wenn dieser nur wenige Meter von seinem Zuhause entfernt lag – oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist zurückkehren konnte, konnte als rechtlich abwesend behandelt werden, selbst wenn diese Abwesenheit auf Krieg, Angst, Vertreibung oder eine verhinderte Rückkehr zurückzuführen war. Einige Palästinenser:innen, die im neu geschaffenen Staat verblieben waren,

wurden als „anwesende Abwesende“ eingestuft: Sie befanden sich zwar physisch im Land, waren jedoch rechtlich von ihrem eigenen Eigentum ausgeschlossen ¹.

Danach erfolgte ein Formwechsel. Sobald ein Grundstück einem abwesenden Eigentümer zugeordnet wurde, ging es in den Besitz des Verwalters für abwesende Eigentümer über. Der Begriff „Übergang“ klingt verwaltungstechnisch, fast neutral. Im Wesentlichen bedeutete dies, dass die Rechte des Eigentümers auf eine öffentliche israelische Behörde übergingen, die befugt war, diese Vermögenswerte zu verwalten, zu verpachten, zu verkaufen oder zu übertragen. Die Entwicklungsbehörde und die darauf folgenden Grundstücksgesetze trugen dann dazu bei, dass Immobilien in staatliche und halbstaatliche Hände übergingen. Durch nachträgliche Legitimierung und restriktive Beweisregeln wurde eine Wiedererlangung immer unwahrscheinlicher.

Der Begriff „verlassenes Eigentum“ ist daher irreführend. Ein Haus gilt nicht als verlassen, wenn seine Bewohner:innen vertrieben, an der Rückkehr gehindert oder per Gesetz zu Abwesenden erklärt werden. Ein Bankkonto wird nicht aufgegeben, nur weil sein Inhaber Palästinenser:in ist und zum Flüchtling geworden ist. Ein Zitrusbaum verliert seinen Eigentümer nicht, nur weil Israel den Rückweg versperrt hat. Die rechtliche Einstufung beschrieb nicht bloß die Abwesenheit; sie machte die Abwesenheit zu einem Machtinstrument.

Die Enteignung der Palästinenser:innen beschränkte sich nicht nur auf physisches Land. Nach 1948 wurden palästinensische Konten, Einlagen, Forderungen, in Verwahrung genommene Vermögenswerte, Wertpapiere und sogar Schließfächer eingefroren, unter Kontrolle gestellt und transferiert. Unter die rechtliche Kategorie „Vermögen von Abwesenden“ kann nicht nur Grundbesitz und Gebäude fallen, sondern auch Geld, Forderungen, Geschäftsanteile, Handelspapiere, vertragliche Rechte und sonstige finanzielle Ansprüche.

Die finanzielle Dimension von Vertreibung ist von Bedeutung, denn Geld bedeutet Mobilität, Rechtsfähigkeit und Überleben. Eine Familie, die aus ihrem Zuhause vertrieben wurde, aber weiterhin Zugang zu ihren finanziellen Mitteln hat, kann eine Unterkunft mieten, einen Anwalt beauftragen, für die Ausbildung ihrer Kinder sorgen, ein Unternehmen neu gründen, Unterlagen aufbewahren oder eine Verwaltungsentscheidung anfechten. Eine Flüchtlingsfamilie, deren Konten gesperrt sind, ist nicht nur arm, sie ist vor dem Gesetz handlungsunfähig. Sie verliert die Möglichkeit, etwas zu beweisen, anzufechten, vor Gericht zu gehen und ihr Leben wieder aufzubauen.

Die Größenordnung ist entscheidend. Schätzungen im Zusammenhang mit dem UNCCP bezifferten das bewegliche Vermögen der Flüchtlinge auf etwa 18 bis 20 Millionen Britische Pfund [ca 20-23 Mio. €], während wissenschaftliche Untersuchungen zu eingefrorenen Bankkonten von etwa 6 Millionen Pfund [ca. 7 Mio €] auf Tausende von Konten ausgehen. Selbst bei vorsichtiger Schätzung handelt es sich um keine unbedeutenden Summen. Inflation, entgangene Erträge und jahrzehntelange Vernachlässigung der Verwaltung lassen die Summe in den Milliardenbereich

steigen. Unter Zugrundelegung eines ambitionierten, aber transparenten Opportunitätskosten-szenarios, bei dem bewegliches Vermögen und eingefrorene Konten in Höhe von etwa 25 bis 26 Millionen Pfund berücksichtigt werden, umgerechnet zu einem historischen Wechselkurs von etwa 4,03 US-Dollar pro Pfund und mit einer jährlichen Kapitalisierung von 10 Prozent über einen Zeitraum von 78 Jahren, ergäbe sich ein Wert in der Größenordnung von 155 bis 161 Milliarden US-Dollar [ca. 178-186 Milliarden €]. Diese Zahl sollte nicht als feststehender Rechtsanspruch verstanden werden. Es handelt sich um eine Szenarioanalyse: eine Methode, um das Ausmaß, die wirtschaftliche Benachteiligung und den Preis der Ausgrenzung vom eigenen Kapital aufzuzeigen.²

Die Angelegenheit des palästinensischen Eigentums ist nach wie vor ungelöst. Sie wird oft als alter Konflikt dargestellt, der von Krieg, Diplomatie und staatlicher Anerkennung überlagert wird. Doch die Anerkennung eines Staates macht die Ungerechtigkeit der Enteignung nicht ungeschehen. Es gewährt auch den nachträglich geschaffenen Strukturen keine moralische oder rechtliche Immunität.

Die Aufzeichnungen und Fallbeispiele aus den 1950er Jahren zeigen, dass dies keine reine Theorie war. Palästinensische Kontoinhaber:innen und Institutionen versuchten, Gelder zurückzuerhalten, die in Filialen im Gebiet des späteren Staates Israel gehalten wurden. Die Banken befanden sich in einem Dilemma zwischen ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden und den israelischen Maßnahmen, die Zahlungen an den Treuhänder anordneten, anerkannten oder rechtfertigten.

In der Rechtssache „Arab Bank Ltd. gegen Barclays Bank“ befasste sich das *House of Lords* mit einem beträchtlichen Guthaben, das bei der Barclays-Filiale am Allenby Square in Jerusalem geführt und später an den Treuhänder für das Vermögen abwesender Eigentümer ausgezahlt worden war. Etwa zur Zeit der finanziellen Krise sahen sich einzelne palästinensische Flüchtlinge und Antragsteller, darunter Menschen, die nach Beirut geflohen waren oder ihre Ansprüche vor jordanischen Gerichten in Orten wie Nablus, Jerusalem und Amman geltend gemacht hatten, mit derselben harten Realität konfrontiert: Das Geld war zwar vorhanden, doch der Zugang dazu war rechtlich unterbunden worden ³.

Die Fallstricke waren sowohl verfahrensrechtlicher als auch materiell-rechtlicher Natur. Wie sollte ein Flüchtling wirksam Ansprüche auf Gelder gegenüber einem Staat geltend machen können, der ihn als abwesend eingestuft, sein Vermögen an einen Treuhänder übertragen, seine rechtliche Vertretung während seines Aufenthalts außerhalb Israels eingeschränkt und seine physische Rückkehr untersagt oder eingeschränkt hatte? War die Einreise nach Israel verboten und die Vertretung von einer behördlichen Genehmigung abhängig gewesen, war der Rechtsbehelf fast unerreichbar geworden. Dem Flüchtling wurde gesagt, er solle Gerechtigkeit innerhalb genau jener Rechtsordnung suchen, die seine Rückkehr unmöglich gemacht hatte.

Es geht nicht darum, dass jedes Dokument ein einziges, eindeutiges Motiv für jede Handlung offenbart. Der Punkt ist enger gefasst und beunruhigender: Eine Abfolge rechtlicher Mechanismen führte immer wieder zu demselben konkreten Ergebnis. Die Einstufung führte dazu, dass Menschen abwesend waren. Die Überführung führte zur Übertragung ihres Eigentums. Die Übertragung und Validierung sicherten das Ergebnis. Das Verfahren schränkte den Weg zurück ein. Das System musste nicht laut werden; es musste lediglich die Daten erfassen, registrieren, beglaubigen und die Akte schließen.

Im Völkerrecht werden Vertreibungen und entschädigungsloser Vermögensverlust seit langem als Unrecht behandelt, das nicht nur verwaltet, sondern auch wiedergutmacht werden muss. Sie machen Rückgabe notwendig, Wiedergutmachung und Entschädigung. Es handelt sich um rechtliche Maßnahmen gegen eine anhaltende Benachteiligung, bei der Eigentum vorenthalten, Rechtsmittel blockiert und Rechte eher als Verhandlungsmasse denn als einklagbare Ansprüche behandelt werden 4.

Die Angelegenheit des palästinensischen Eigentums ist nach wie vor ungelöst. Sie wird oft als alter Konflikt dargestellt, der von Krieg, Diplomatie und staatlicher Anerkennung überlagert wird. Doch die Anerkennung eines Staates macht die Ungerechtigkeit der Enteignung nicht ungeschehen. Es gewährt auch den nachträglich geschaffenen Strukturen keine moralische oder rechtliche Immunität. Ein System kann jahrzehntelang bestehen bleiben und dennoch rechtlich und moralisch unzulässig sein.

Der entscheidende Punkt ist einfach: Die Vertreibung der Palästinenser wurde nicht nur durch Soldaten, Grenzen und Kämpfe verursacht. Sie wurde auch durch Definitionen, Treuhandschaft, banktechnische Kontrollen, Entwicklungsagenturen, Validierungsgesetze, Behauptungen und bürokratische Hürden verursacht. Das Recht trat nicht erst im Nachhinein in Kraft, um die Folgen des Konflikts zu regeln. Es trug dazu bei, die Vertreibung in eine institutionelle Ordnung zu verwandeln, von der ausschließlich der Staat Israel rechtswidrig profitiert und sich bereichert hat.

Um das Problem vollständig zu verstehen, muss man über Landkarten, Diplomatie und Militärgeschichte hinausblicken. Man muss auch Geschäftsbücher, Grundbuchauszüge, Bankunterlagen, Gerichtsakten und ungeklärte Ansprüche untersuchen. Der Verlust des Landes war mit dem Verlust der Möglichkeit verbunden, zurückzukehren, vor Gericht zu klagen, das Überleben zu sichern und den Wiederaufbau zu finanzieren.

Deshalb geht es heute nicht nur darum, ob Palästinenser:innen früher einmal Eigentum verloren haben. Es geht vielmehr darum, ob eine Rechtsordnung, die Abwesenheit in Enteignung verwandelte, noch immer als neutraler Mechanismus zur Bewältigung von Kriegsfolgen betrachtet werden kann.

Dieser Artikel basiert auf dem Buch des Autors Palestine Dispossessed: How the Law Organized the Dispossession of a People.

Najib Antoine Jabre ist ein kanadischer Jurist und Wissenschaftler italienischer und libanesischer Herkunft. In seiner wissenschaftlichen Arbeit verbindet er juristische Untersuchung, historische Forschung und geopolitische Analyse, wobei sein besonderes Augenmerk den Themen Eigentum, Vertreibung und der Palästinafrage gilt.

1. *Israel, Absentees' Property Law, 5710-1950, secs. 1, 4, 6, English translation reproduced by UNISPAL; Adalah, "Absentees' Property Law," accessed May 7, 2026.* [↗](#)
2. Arie Arnon, Nu'man Kanafani, and Saeb Bamyia al-Daqqaq, "Absorbing Returnees in a Viable Palestinian State" (paper prepared for the International Development Research Centre, 2004), 4–5;
Sreemati Mitter, "A History of Money in Palestine: The Case of the Frozen Bank Accounts of 1948," The Jerusalem Fund, May 23, 2014. The US\$155–161 billion figure is an illustrative sensitivity calculation based on combining approximately £25–26 million, applying a historical exchange rate of about US\$4.03 per pound, and compounding annually at 10 percent for 78 years. [↗](#)
3. *Arab Bank Ltd. v. Barclays Bank (Dominion, Colonial and Overseas), [1954] A.C. 495 (H.L.);*
Mitter, "A History of Money in Palestine." [↗](#)
4. United Nations General Assembly, Resolution 194 (III), Palestine—Progress Report of the United Nations Mediator, December 11, 1948, para. 11;
Arnon, Kanafani, and al-Daqqaq, "Absorbing Returnees," 2–6. [↗](#)

Quelle: <https://mondoweiss.net/2026/05/israel-used-the-nakba-not-only-to-steal-land-but-palestinians-financial-wealth-too>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaetinakomitee-stuttgart.de

Siehe auch den Artikel vom 21.05.26:

Looting and destruction are Israeli army's 'primary mission' in Lebanon, soldiers say

<https://www.middleeasteye.net/news/looting-and-destruction-are-israeli-armys-primary-mission-lebanon-soldiers-say>